

182

180

186

176

191

171

231

131

281

081

681

abgeschafft, und die Souverainetät ist ihrer natürlichen und ursprünglichen Quelle, der Nation, wieder gegeben.

Vorliegendes schrieb ein freier Amerikaner zu einer Zeit, wo Deutschland noch unter mittelalterlichem Druck seufzte. Jetzt endlich nach so vielfachen Täuſchungen und Leiden sind die hier ausgesprochenen Ideen auch in Deutschland zur Geltung gekommen; aber noch zweifelhaft, schwanfend und keineswegs allgemein ist ihre Anerkennung. Von Euch, Bürger, hängt es ab, durch festen, unbeeuglichen Willen ebensovohl, als durch Tugend sie trotz aller Anfechtungen für immer ins Leben einzuführen. Die Macht dieser Ideen wird noch all die hohlen Werke der Tyrannei zerichmettern und nach und nach aus ganz Europa ein Brudervolk machen, dessen einiger Jubelruf sein wird:

Freiheit! Gleichheit! Bruderverlie!

Zum Beweise, wie Paine, aus dessen Werke „Die Rechte des Menschen“ wir in unserm Blatte vom . . . unsern Lesern Etwas mittheilen, von Deutschland dachte, diene folgende Stelle aus jenem Buche.

Er spricht von dem damaligen Träger der englischen Krone, von dem Burke sagte, daß er (als erblich) mit Verachtung der Volkswahl zur Krone gelangt sei und fährt dann fort: „Regierung mit Uebermuth ist Despotismus; kommt aber Verachtung hinzu, so wird sie noch schlimmer; und für Verachtung zu bezahlen, ist der höchste Grad von Slaverie. Diese Art von Regierung stammt aus Deutschland her; ich erinnere mich dabei an die Worte eines Braunschweigischen Soldaten, der im letzten Kriege von den Amerikanern gefangen wurde. Ach, sagte er, Amerika ist ein schönes, freies Land; es verdient, daß die Einwohner dafür seihen: ich kenne den Unterschied, weil ich mein eigenes Land kenne. Wenn in meinem Land der Fürst sagt: freßt Stroh, so freßen wir Stroh. „Gott sei dem Lande gnädig.“ dachte ich, „es sei England oder irgend ein anderes Land, dessen Freiheiten durch deutsche Regierungsgrundsätze und braunschweigische Prinzen geschügt werden sollen.“

Folgende Adresse ist unter dem 15. d. M. von dem Bildungsverein für Arbeiter in Stuttgart dem königlichen Ministerium des Innern eingereicht worden.

Bitte des Arbeiterbildungsvereins um bessere Vertretung des kleinen Gewerbestandes, beziehungsweise der Meister und Arbeiter in der provisorischen Centralcommission für Gewerbe und Handel, sowie auch in der Organisationscommission, insofern deren Beratungen die Verhältnisse der Gewerbetreibenden betreffen.

Stuttgart, 15. Juli 1848.

Königliches Ministerium des Innern!

Die erſtgenannte Commission ist unseres Wissens berufen, unter Anderem Maßregeln zu Befreiung der die Gewerbe drückenden Uebelstände, zu kräftiger Hebung und Entwicklung der Gewerbe zu beraten und vorzuschlagen.

Es wird hiebei nicht verkannt worden sein, daß es sich hauptsächlich mit um Verbesserung der Lage des kleineren Gewerbestandes handelt.

Wir seihen nun in der Art, wie jene Commission zusammengeſetzt ist, insbesondere, wie die Vertreter der kleineren Gewerbe erwählt sind, keine genügende Garantie dafür, daß die Interessen derselben hinreichend gewahrt, die Uebelstände und Mißverhältnisse, an welchen derselbe leidet, richtig ermittelt werden.

Die Centralcommission ist durch Wahl der Abgeordneten der Gewerbevereine aus deren Mitte hervorgegangen, und wir seihen allerdings darin den kleinen Gewerbestand durch vier Mitglieder vertreten, allein diese Zahl steht gegenüber der Anzahl von sechs Vertretern des Handels- und Fabrikantenstandes in genannter Commission in keinem Verhältnis zur Wirklichkeit.

Erwägt man ferner das große geistige und materielle Uebergewicht jener beiden Stände an und für sich; bedenkt man ferner, daß ihre Interessen denen des an Zahl der Mitglieder weitaus überwiegenden kleinen Gewerbestandes in sehr vielen Fällen ganz entgegenstehen, so wird das Mißverhältnis dieser Vertretung nur um so mehr in die Augen fallen.

Zudem erscheint uns auch die Wahl der Vertreter des kleinen Gewerbestandes keineswegs als allgemeine Repräsentation des gesamten vaterländischen Gewerbestandes, insofern an vielen Orten gar keine Gewerbevereine bestehen, an andern dieselben aber nicht als der Ausdruck, als Organe der gesamten Gewerbe, betrachtet werden können.

Weiter erheben wir nun gegen die Zusammenſetzung der genannten Commission das schwere Bedenken, daß der Stand, dessen Wohl einerseits mit dem der Arbeitgeber Hand in Hand geht, dessen Interessen aber andererseits in vielen höchst wichtigen Fragen denen der Arbeitgeber geradezu entgegen laufen, — der Arbeiterstand — sowohl der der Fabriken, als der der kleineren Gewerbe, in genannter Centralstelle gar nicht vertreten ist.

In Anbetracht einerseits, daß aus den Arbeitern Meister hervorgehen, und den ersten schon darum das Aufschließen der Gewerbe am Herzen liegen muß, daß aber auch andererseits der Arbeiterstand als solcher sich in einer drückenden Lage befindet, und Abhilfe mancher bedeutender Uebelstände zu erwarten berechtigt ist, tragen wir einem königl. Ministerium des Innern die Bitte vor, es möge eine Anzahl aus dem Gewerbestand des ganzen Landes frei zu wählender Abgeordneter, Meister und Arbeiter, welche in gleicher Anzahl, die Meister durch Meister, die Arbeiter durch Arbeiter zu wählen waren, zu den Beratungen der Centralcommission mit Stimmberechtigung beigezogen werden.

In gleicher Weise erscheint es uns wünschenswerth, wenn auch die königl. Organisationscommission in derselben Art vervollständigt würde, da auch deren Beratungen die Verhältnisse der Gewerbetreibenden, besonders die politischen, berühren.

Nur bei einer solchen Zusammenſetzung beider Commissionen können wir erwarten, daß unsere gerechten Wünsche und Hoffnungen genügend berücksichtigt werden, und daß eine Regierung, welche für Hebung der Gewerbe zu wirken berufen ist, zu der so nöthigen klaren Einsicht in die bedrückenden Uebelstände und Mißverhältnisse des kleinen Gewerbestandes gelangen, und für die Zukunft eine die wahren Interessen dieses Standes sowohl, als des damit eng verbundenen Volkswohls sichernde Politik befolgen können.

Ehrentätigst u.
Der Bildungsverein für Arbeiter.
In seinem Namen der Ausschuß:

- J. Böbler.
- W. Strohmeyer.
- L. Heyle.
- Fenzner.
- G. Bösch.

Die Volkswehr bringt unter der Aufschrift:

„Eine Folge der ministeriellen Manifeste,“ eine Erzählung, welche sich der in der gestrigen Nr., Seite 180, gegebenen, dem Wesen nach anreißt, nur daß dort der Mißgriff in der höhern Region stattgefunden zu haben scheint.

Freitag, 7. d. M., Abends halb 10 Uhr, wurde in Degerloch bei Stuttgart der Bäckermeister Mayer, im ganzen Orte als ein ruhiger, ehrenwerther Bürger bekannt und geachtet, von dem Schützen des Orts aus dem Bette geholt und auf das Rathhaus geführt. Hier war außer dem Ortsvorstande u. s. w. anwesend der Oberamtsrichter vom Stuttgarter Amt. Dieser verhörte den Mayer von halb 10 Uhr bis 11 Uhr, und die Folge des Verhörs war Mayers Verhaftung. Die erste Nacht blieb Mayer im Degerloch'schen Gefängniß; den andern Morgen wurde er nach Stuttgart ins Oberamtsgerichtsgefängniß geführt. Am Montag vor den Oberamtsrichter gebracht, eröffnete ihm dieser, daß er wegen „Vespredung (?) des Königs“ in Haft sei. Nachher wurde Mayer nicht mehr verhör.

Als Grund der Verhaftung wird folgendes den Degerlochern angeführt.

Vor einigen Tagen waren zwei Soldaten von Stuttgart in einem Wirthshause in Degerloch, in dem auch zufällig besagter Mayer nebst einigen Wöhringer Bürgern sich befand. Die Soldaten tritten sich über die bekannten Heilbronner Vorfälle mit dem achten Regiment. Der Eine hielt's mit dem achten Regiment, der Andere war dagegen. Der Erstere scheint sich mancher harten Ausdrücke bedient und seiner Galle Luft gemacht zu haben. Von den anwesenden genannten Bürgern sprach sich keiner aus, kein einziges Wort des Schimpfes fiel, nur Mayer sagte: „es müsse doch kein erquickender Anblick gewesen sein, die

Ende

Anfang